

Zeitung für den Barnim

Offene Worte

Jeden
Tag neu.

Online
Nr. 408

12. März 25
34. Jahrg.

Die Linke

Barnim

Kein Blanko- scheck für Aufrüstung!

Wie Union und SPD plötzlich Geld
für Rüstung herbeizaubern:

Quelle: Instagram Heidi Reichinnek/Sören Pellmann

Union und SPD ignorieren mit den angekündigten Grundgesetzänderungen den neu gewählten Bundestag, um ihre Rüstungsvorhaben zu finanzieren. Mit alten Mehrheiten soll das Grundgesetz gravierend verändert werden. Heidi Reichinnek und Sören Pellmann, die beiden Vorsitzenden der Bundestagsfraktion der LINKEN erklären dazu: „Alles, was zu entscheiden ist, kann ohne Not nach der Konstituierung des neuen Bundestages unter einer neuen Regierung erfolgen. Demokratische Mehrheiten für mindestens eine Reform der Schuldenbremse wären möglich. Statt darauf zu drängen, lassen sich SPD und Grüne offenbar auf schmutzige Deals ein. Damit verhindern sie aktiv, dass die benötigten finanziellen Spielräume für wichtige Bereiche der Gesellschaft geschaffen werden. Die Linke wird sich weiterhin für eine Reform, besser noch eine Abschaffung der Schuldenbremse einsetzen, damit zentrale soziale Fragen von Wohnungsbau über Gesundheit bis Bildung im Vordergrund stehen.“

Wenn CDU und SPD gemeinsam regieren:

„Soziale Themen werden der blinde Fleck sein“

Am 8. März haben CDU und SPD ihre Sondierungen abgeschlossen und in dieser Woche mit Koalitionsverhandlungen begonnen. Über allen Vorhaben schwebt die massive Neuverschuldung (siehe nebenstehend). Ein großer Komplex ist der Unterstützung der Wirtschaft gewidmet, von der Senkung der Energiekosten und die Vorteile für den Agrardiesel bis zur Senkung der Umsatzsteuer in der Gastronomie sind viele Absichten erklärt.

Aber „das Sondierungspapier der zukünftigen Regierungskoalition zeigt deutlich, welcher Wind in diesem Land wehen soll. Zentrale Themen wie Wohnungsbau, Gesundheit, Stärkung von Familien, gleiche Lebensverhältnisse in Ost und West oder bezahlbare Lebensmittel werden nebenbei verhandelt oder nicht einmal erwähnt“, erklären die beiden Fraktionsvorsitzenden der LINKEN im Bundestag, Heidi Reichinnek und Sören Pellmann. „Konkrete Maßnahmen oder große Projekte in diesen Bereichen sucht man nahezu vergebens. Es gibt maximal ein „weiter so“. Die Mehrheit der Gesellschaft kann weiter nur zusehen, wie Politik über ihre Köpfe und gegen ihre Interessen gemacht wird. Soziale Themen werden, das ist jetzt schon

offensichtlich, der blinde Fleck dieser Regierung sein.“

Beim Thema Einkommenssteuer oder Rente gäbe es bisher keine klaren Festlegungen, die positive Signale senden könnten, meinen Reichinnek und Pellmann. Von einer „Reform“ oder „stabilen Renten“ reiche nicht, wenn am Ende wieder nur die mehr bekommen, die sowieso schon zu viel haben. Das stehe aber zu befürchten.

„Über eine gerechte Besteuerung von Superreichen wird kein Wort verloren“, sprechen Reichinnek und Pellmann ein Thema an, auf das Die Linke im Wahlkampf verwiesen hat. „Dass gleichzeitig angekündigt wird, dass es großen Konsolidierungsbedarf gäbe, lässt erahnen, dass dieser die Schwächsten in der Gesellschaft treffen wird. Auch die Ankündigungen zum Bürgergeld und der Flexibilisierung der Arbeitszeit deuten genau darauf hin.“

Union und SPD haben ihre Energie vor allem dazu verwendet, das Asylrecht bis zur Unkenntlichkeit zu schleifen. Ergänzt wird diese überaus problematische Prioritätensetzung mit einem Blankoscheck für Aufrüstung und einem Sondervermögen, dessen Inhalt niemand kennt, heißt es bei Reichinnek und Pellmann auf Instagram. bc

nächste Online-Ausgabe am 13. März

Herausgeber: Virtuelle AG Offene Worte der Barnimer Linken & Kreistagsfraktion der Linken, ViSdP: Dominik Rabe.
Kontakt: Die Linke Barnim, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde, Telefon: 03334-385488
E-Mail: offeneworte@dielinke-barnim.de
Spendenkonto Offene Worte (Druckkosten): DIE LINKE Barnim, IBAN: DE33 1705 2000 3120 051429
Verwendungszweck: Spende OW.